



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

89. Sitzung (öffentlich)

11. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Dritte Verordnung zur Änderung der Ersatzschulfinanzierungsverordnung (FESchVO) – 3. ÄVOzFESchVO** **6**

Vorlage 14/2934

**Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt der
Verordnung – Vorlage 14/2934 – einstimmig zu.**

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)** **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Erläuterungsband zum Einzelplan 05
Vorlage 14/2806

Beantwortung der Fragen der Fraktionen

Vorlagen 14/2930, 14/2931 und Vorlage 14/2992

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** berät die von SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge. Die Änderungsanträge, die Begründungen sowie die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 14/2970 zu entnehmen.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt** dem **Einzelplan 05** – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – unverändert mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

3 Die Regelschule ist der erste Förderort – Gemeinsamen Unterricht gewährleisten **22**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4860

In Verbindung mit:

Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8879

Ausschussprotokoll 14/896

Die Beratung über die Anträge wird verschoben.

4 EU-Schulobstprogramm in Nordrhein-Westfalen umsetzen **23**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/9916

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt** dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **Drucksache 14/9916** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

5 Zukunftskonzept 2025 für Busse und Bahnen im Land NRW: Die Landesregierung muss die öffentlichen Verkehrsmittel vor dem finanziellen Kollaps bewahren! **29**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10016 (Neudruck)

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung lehnt** den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10016 (Neudruck)** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

6 Lernmittelfreiheit – Schwarzer Peter bleibt bei den Kommunen, Schulen und Eltern **31**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9911

- Aussprache.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700

Erläuterungsband zum Einzelplan 05
Vorlage 14/2806

Beantwortung der Fragen der Fraktionen
Vorlagen 14/2930, 14/2931 und Vorlage 14/2992

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer verweist auf die Tischvorlage, die die Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Personalhaushalt sowie zum Sachhaushalt enthielten. Außerdem seien noch verschiedene Fragen aus der Sitzung vom 04.11.2009 schriftlich vom Ministerium beantwortet worden – vgl. Vorlage 14/2992.

Ministerin Barbara Sommer informiert den Ausschuss über einen Kabinettsbeschluss vom Vortage. Der Beschluss sei im Rahmen der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2010 gefasst worden. Die Landesregierung habe sich entschlossen, 250 neue Lehrerstellen bereitzustellen, diese mit den entsprechenden Budgetmitteln in Höhe von 11 Millionen € zu versehen und in die Ergänzungsvorlage einzubringen. Die Ergänzungsvorlage sei dem Landtag heute Morgen zur Beratung zugeleitet worden.

Man reagiere sehr schnell auf sich abzeichnende Mehrbedarfe, insbesondere in Berufskollegs, aber auch in den gymnasialen Oberstufen. Minister Laumann habe in seiner Pressekonferenz gesagt, dass der Ausbildungsmarkt recht stabil sei. Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise sei die Situation aber belastet. Viele Jugendliche – das sei spürbar – wollten erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt auf den Arbeitsmarkt treten, als sie das bisher für ihre Lebensplanung vorgesehen hätten. Sie rechneten sich aus, mit höheren Abschlüssen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Sie verblieben in den Schulen. Gleichzeitig nähmen lebensältere, nicht mehr schulpflichtige Menschen verstärkt schulische Angebote der Berufs- und Weiterbildungskollegs wahr. Diese Tendenzen seien ablesbar aus den ersten Rückmeldungen der Bezirksregierungen. Sie würden auch gestützt durch Feststellungen der Bundesagentur für Arbeit.

Es sei wichtig, sehr schnell auf diesen Mehrbedarf zu reagieren. Es handele sich um eine Sofortmaßnahme. Denn bereits zum 01.02.2010 sollten diese 250 Lehrerstellen passgenau in den Schulen ankommen.

Es werde gefragt, ob genügend Referendarinnen und Referendare da seien. Im Augenblick verfüge man über 4.000 Referendarinnen und Referendare, die im Februar ihre Prüfung ablegen würden. Sie denke, dass man darunter etliche finden werde,

die diese 250 Stellen einnehmen könnten. Die Aussicht sei gut, dass man diese Stellen sofort besetzen könne.

Es sei ein Novum, dass eine solche Nachsteuerung erfolge. Sie bedanke sich für die Unterstützung. Sie wolle den Schulen in dieser schwierigen Situation helfen. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse man das aufkommende Volumen durch zusätzliche Stellen abfedern. Wichtig sei, das Ganze solle zum 1. Februar passieren, damit die Referendare diese Stellen nahtlos besetzen könnten.

Ute Schäfer (SPD) meint, es handele sich um eine gute Information für die Schulen, die sich offensichtlich in einer schwierigen Situation befänden. Herr Laumann sage zwar, dass alles prima auf dem Ausbildungsmarkt sei. Auf der anderen Seite beobachte sie allerdings seit Jahren die Tendenz, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Berufskollegs zunehme, weil sie sich in Qualifizierungsschleifen begäben. Irgendetwas sei mit der Diktion nicht stimmig. Zweifellos sei die Zahl auch deswegen gestiegen, weil am Arbeitsmarkt eine unsichere Lage herrsche.

Wenn sie sich die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom Vortage in Erinnerung rufe, so gebe es darin eine zentrale Aussage, wonach die Situation im Jahre 2010 noch schlechter werde. Vermutlich gebe es wieder einen Engpass. Der Landtag werde am 16. Dezember abschließend über den Haushalt beraten. Sie habe die Informationen des Finanzministers bezüglich der Ergänzungsvorlage dem Internetportal entnommen. Die Vorlage liege ihr noch nicht vor. Angesichts der Tatsache, dass am 16. Dezember der Haushalt verabschiedet werde, wolle sie genau wissen, auf welcher Datenlage die 250 Stellen ermittelt worden seien. Es gebe ja die amtlichen Schuldaten, die am 15. Oktober abgegeben würden. Die Datenlage müsse ausgewertet werden.

Sie bitte das Ministerium um eine klare Aussage, wie sich die einzelnen Bildungsgänge darstellten, was die Relation in den einzelnen Bildungsgängen angehe, damit man wisse, über welche Größenordnung man spreche. Die Stellen seien für den 01.02.2010 für das laufende Schuljahr vorgesehen. Das neue Schuljahr beginne am 01.08.2010. Die Situation werde nach der Aussage von Frau Merkel noch schwieriger als bisher. Sie wüsste gerne, welche Zahlen dem zugrunde lägen. Sie bitte, dass dies den Abgeordneten bis zur nächsten Sitzung am 9. Dezember genau aufgeschlüsselt werde.

Sigrid Beer (GRÜNE) erklärt, sie freue sich über die Nachricht. Sie sehe allerdings Abstimmungsbedarf. Wenn sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärfen werde, werde man vermehrt Vollzeitausbildungsgänge an den Berufskollegs brauchen. Das erfordere, damit passgenau ausgebildet werden könne, eine entsprechende regionale Abstimmung. Das sei im Fachbeirat des Regionalrats in Detmold ausführlich vorbereitet worden. Einige vorbereitende Arbeit sei notwendig. Sie schliesse sich der Kollegin an, dass man eine Übersicht brauche, wie die Mittel weitergeleitet werden sollten.

Sie bedanke sich für die Beantwortung der Fragen seitens des Ministeriums, die leider nicht vollständig sei. Sie habe nach der strukturellen Unterfinanzierung gefragt,

was die kleinen Systeme in Bezug auf Grundschulen und Hauptschulen angehe. Sie habe darum gebeten, den Mehrbedarf zu beziffern. Das schein immer noch nicht möglich zu sein.

Dann sei es um das Thema Durchlässigkeit gegangen. 0,01 % der Hauptschülerinnen und Hauptschüler hätten den Übergang zum Gymnasium im letzten Schuljahr geschafft. Diese Zahl sei bezeichnend und spreche für das Thema „Durchlässigkeit nach oben“ eine deutliche Sprache.

Das Thema Lehrerstellen sei ein Dauerthema. Die Frage der Stellen und der wirklichen Besetzung durch Menschen sei eine andere Problematik.

Sie habe das Eingabeformular INES (Internetbasierte Erfassung von Stellenausschreibungen) vorliegen. Darin würden Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen Informationen bei Ausschreibungen übermittelt. Interessant seien die roten Buchstaben. Sie habe das Ganze exemplarisch für ein Fach ausgedruckt. Deutsch beliebig, das sei der erste schwarze Absatz. Dann komme die Aussage:

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität der Bewerberinnen beschränkt. Es kann vorkommen, dass Schulen unabhängig von Standort und Schulform keine oder keine geeigneten ausgebildeten Lehrkräfte finden.

Bei Englisch beliebig werde es rot. Da stehe:

Für diese Fächerkombination ist die Kapazität der Bewerberinnen gering. Es ist wahrscheinlich, dass Schulen keine ausgebildeten Lehrkräfte finden. Eine Öffnung für Seiteneinstieg oder für Zertifikatskräfte wird dringend empfohlen, insbesondere wenn diese Stelle bereits erfolglos ausgeschrieben worden ist.

Das sage auch etwas aus über den Weg, den Schulen gehen müssten.

Mathematik beliebig: „Die Bewerberlage ist sehr gering. Die Mehrzahl der Schulen wird keine ausgebildeten Lehrkräfte finden.“ Spanisch beliebig: „Es kann nahezu ausgeschlossen werden, dass eine ausgebildete Lehrkraft gefunden wird.“

Physik beliebig: „Es kann nahezu ausgeschlossen werden, dass eine ausgebildete Lehrkraft gefunden wird.“ Sie bitte um eine Übersicht, wer in diesem Land auf welchem Wege Lehrkraft werden könne. Das neue Stellenbesetzungsverfahren, das ab dem 02.11. greife, biete noch ganz neue Varianten. Sie habe der Antwort entnehmen können, dass Personalräte jetzt darüber entschieden, ob es Zugänge zu öffentlichen Ämtern gebe. Es sei ausgeführt worden, dass die Hauptpersonalräte der Gymnasien und der Förderschulen diesem Verfahren, das sie rechtlich bedenklich finde, zugestimmt hätten. Kandidatinnen mit erstem Staatsexamen werde ein Zugang zu einem öffentlichen Amt ermöglicht, ohne dass sie bislang nachgewiesen hätten, dass sie auch gute Lehrerinnen und Lehrer seien. Ein Teil der Personalräte habe zugestimmt, andere nicht. Sie bitte, die Bedenken darzulegen. Sie frage, ob über eine Personalratsentscheidung der Zugang zu öffentlichen Ämtern entschieden werde. Schulleitungen wollten an dem Verfahren partizipieren, ungeachtet aller qualitativen Bedenken.

Zu den Möglichkeiten für Seiteneinsteiger heiße es: „Es gibt die vorzeitige verbindliche Einstellungszusage sogenannter Frühbücher.“ Nun gebe es sehr aufwendige Verfahren, um die Qualifikation festzustellen. Es gehe um Menschen, die in den Schuldienst kommen wollten. Da gebe es hohe Hürden. Jetzt habe man eine Breite an Zugängen in das Lehramt, die erstaunlich sei.

Nach dem OBAS-Verfahren würden Seminarleitungen darüber entscheiden, nachdem eine Schulkommission sich für eine Person ausgesprochen habe, ob sie Kapazitäten frei hätten oder nicht. Fachleitungen würden darüber entscheiden, ob jemand in den Schuldienst komme und in eine begleitende pädagogische Ausbildung gehe. Wenn sie das eine bunte Wiese bezeichnen würde, was die Zugänge zu den Lehrämtern angehe, so wäre das euphemistisch. Sie frage, wie die Qualität gesichert werde, ob man jetzt nur noch auf die Quantitäten gucke. Früher sei einmal mit Mietkätzchen gearbeitet worden. Sie frage noch einmal, wie die Qualität sichergestellt werde, wie man die Quantität transparent machen könne. Man könne so viele Stellen in den Haushalt schreiben, wie man wolle. An bestimmten Stellen habe man die Transparenz nicht, die man eigentlich brauche.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer verweist auf den Zeitplan der Beratungen, der dem Ausschuss vorgegeben sei. Heute finde die abschließende Beratung und Abstimmung über den Einzelplan 05 statt, weil die zweite Lesung am 02.12. im Plenum stattfinden werde, die dritte Lesung am 16.12.

Ute Schäfer (SPD) bittet darum, die Informationen vor der letzten Lesung im Plenum zuzustellen. Da müsse man Kenntnis haben über all die Daten und Fakten, die dem Haushalt und der Ergänzungsvorlage zugrunde lägen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) ist nicht darüber verwundert, dass die Opposition trotz aller guten Meldungen defizit-orientiert sei. Sie finde es großartig, dass es in einer absolut schnellen und positiven Reaktion zusätzlich zum 1. Februar weitere 250 Lehrkräfte für die zusätzlichen Aufgaben geben werde. Für das Haushaltsjahr 2010 habe man es mehrmals mit der magischen Acht zu tun. Man überschreite die Zahl der Einstellungen, die auf 8.124 ansteige. Das sei grandios. Obwohl man engagiert im Jahre 2005 in die Koalitionsverhandlungen gegangen sei, habe man sich nicht vorstellen können, dass man weit über das Soll hinaus Lehrerstellen schaffen könne. Das sei großartig. Sie verweise des Weiteren auf die 8.810 Stellen, die sich als Demografieeffekte ergeben würden. Hinzu kämen 400 Stellenäquivalente für Ersatzschulen. Danach habe man eine verbesserte Lehrersituation im Vergleich zum Jahre 2005 um 17.324 Stellen.

Frau Beer zitiere aus dem Internet. Da sollte sie sich an ihre SPD-Kollegen wenden. Von 1982 bis 1999 seien so gut wie keine Neueinstellungen vorgenommen worden. Die neue Landesregierung habe erstmals eine Lehrerbedarfsprognose erstellen lassen und fortgeführt. Das habe es früher nicht gegeben, sodass man sehr viel zielgerichteter Lehrer ausbilden könne und ihnen sagen könne, mit welchen Fachrichtungen sie Einstellungsaussichten hätten. Das sei eine große Hilfestellung, abgesehen

davon, dass der Lehrerberuf durch diese neue Landesregierung aufgewertet worden sei. Sie sei zuversichtlich, dass die angesprochenen Defizite in einigen Fachbereichen, weil nicht genügend Fachlehrer zur Verfügung stünden, abgebaut werden könnten. Seit 2005 habe es 30.000 Neueinstellungen gegeben, 8.000 alleine in diesem Jahr bis zum Haushaltsjahr 2010. Das werde auch dafür sorgen, dass man zukünftig weniger Probleme mit Schulleitungsbesetzungen haben werde.

Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und des Sparzwangs betrage der Landeshaushalt rund 2 Milliarden € weniger als im Haushaltsjahr 2009. Der Schuletat werde um 580 Millionen € erhöht – das seien 4,3 % mehr –, obwohl der Gesamthaushalt um 3,6 % reduziert werde. Das sei eine deutliche Botschaft. Die Zahlen sprächen für sich.

Sie erinnere sich gut an Haushaltsberatungen in früheren Zeiten, als FDP und CDU in der Opposition gewesen seien. Die Opposition betreibe Kleinkleckerei. An der ganzen Linie könne man erkennen, dass allergrößte Anstrengungen unternommen würden, um die Situation an den Schulen kontinuierlich und so schnell wie möglich zu verbessern. Man könne sich die Lehrer aber auch nicht backen. Die Lehrer, die jetzt im Schuldienst oder in den Schuldienst kämen, hätten ihr Studium unter Rot-Grün aufgenommen. Die neue Landesregierung habe 30.000 Neueinstellungen vorgenommen. Rot-Grün habe quasi 17 Jahre lang niemanden eingestellt. Dafür sei originär die SPD verantwortlich, die Grünen hinterher auch. Wenn sich ein Haushalt in diesem Land ins Schaufenster stellen könne, dann sei es der Haushalt für Schule und Weiterbildung.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, es sei offensichtlich, dass die Landesregierung reagiere. Niemand sei problemblind und male z. B. den Ausbildungsmarkt rosarot. Die Landesregierung sei aber handlungsfähig und reagiere im Interesse junger Menschen auf die Notwendigkeiten, die es gebe. Das sollte die Opposition auch anerkennend zur Kenntnis nehmen.

In der letzten Plenarwoche sei bereits darauf hingewiesen worden, dass die Regionaldaten, vorgestellt durch die Bundesagentur für Arbeit, für Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu dem bundesweiten Trend für den Ausbildungsmarkt besser seien als erwartet. Jeder einzelne Jugendliche, der nicht vermittelt werden könne, sei einer zu viel. Jedem Einzelnen gelte die Aufmerksamkeit. Es habe größte soziale Auswirkungen, wenn junge Menschen viele Jahre nach Ende ihrer Schulzeit beim Übergang in den Beruf keinen Erfolg hätten. Man sei sich der sozialen Folgeprobleme bewusst. Die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sei besser als angenommen. Es gebe viele andere Bundesländer, in denen sich die Zahlen schlechter entwickelt hätten als in Nordrhein-Westfalen. Hier sei die Lage relativ stabil. Das mache nicht problemblind für die Zukunft. Die Entwicklung der Lehrstellen insbesondere in den neuen Ländern könne man nicht 1:1 auf Nordrhein-Westfalen übertragen.

Die neue Landesregierung handele. Er halte den Wunsch für berechtigt, die Berechnungsgrundlage für diese 250 zusätzlichen Stellen zu erfahren. Natürlich gebe es Parameter, die zugrunde gelegt worden seien. Das werde sicherlich in dem Folgetermin des Ausschusses dargelegt. Niemand von den Koalitionsfraktionen verkenne,

dass die Politik gefordert sei, mit Blick auf den Ausbildungsmarkt zu handeln. Das sei in den letzten Jahren unter anderen politischen Vorzeichen so vorgetragen worden. Für einen Teil der Vollzeitbildungsgänge entschieden sich die Jugendlichen bewusst. Ein anderer Teil dieser Vollzeitausbildungsgänge an Berufskollegs habe mit einer Ausweichstrategie zu tun, weil man lieber am regulären Arbeitsmarkt im dualen System einen Ausbildungsplatz bekommen hätte. Wenn man den nicht bekomme, sei es richtig, wenn sich junge Menschen entschieden, nicht zu Hause zu verweilen, sondern einen Vollzeitbildungsgang zu belegen. Das sei auch unter der Vorgängerregierung so gewesen. Es sei nach der Alternative zu fragen, wenn vonseiten der Wirtschaft für die Bewerber nicht hinreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt würden.

Die jungen Menschen auf der Straße zu lassen, wäre der schlechteste Weg. Auch gebe es einige, die zunächst in einen Vollzeitbildungsgang gingen, die den Bildungsgang aber wieder verließen, wenn sie zu einem Nachtermin oder ein Jahr später ein eigentlich gewünschtes Ausbildungsverhältnis im dualen System bekämen. Dann habe man zumindest das Jahr für eine weitere Qualifizierung genutzt, könne vielleicht im dualen System auch die Ausbildungszeit verkürzen, weil man dann die Prüfung früher mache. Auch diesen Effekt müsse man sehen.

Nicht alle Standortentscheidungen, die von Großunternehmen getroffen würden, seien zum Vorteil von Nordrhein-Westfalen. Das wirke sich auch auf den Ausbildungsmarkt aus. Man könne das nicht politisch voll kontrollieren. Entscheidend sei, dass die Landesregierung darauf reagiere. Die Opposition sollte auch die Größe haben, einmal festzuhalten, dass man hier frühzeitig Maßnahmen ergreife.

Nach Aussage von **Klaus Kaiser (CDU)** zeigt die gute Nachricht, dass 250 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt werden, dass diese Regierung handelt. Sie handele schnell und bedarfsgerecht. Auch die Jugendlichen handelten bedarfsgerecht und verantwortlich. Wenn ein großer Teil dieser Stellen in die gymnasiale Oberstufe oder die allgemein bildenden Züge der Berufskollegs gingen, reagiere man darauf, dass die Jugendlichen in der Krise sehr verantwortungsbewusst handelten. Er sei Frau Schäfer dankbar, dass sie nicht von Warteschleifen, sondern von Qualifizierungsschleifen gesprochen habe. Wenn der Hauptschüler mit Gymnasialqualifikation an einem Berufskolleg sein Abitur mache, sei das nur zu begrüßen. Angesichts der Krise würden die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen angemessen und auf die Zukunft gerichtet handeln. Das sei erfreulich. Noch erfreulicher sei, dass die Ressourcen bereitgestellt würden.

Die Äußerungen von Frau Schäfer und Frau Beer machten deutlich, dass der scheidende SPD-Bundesvorsitzende Recht habe, wenn er sage: Opposition sei Mist. Der Opposition falle sehr wenig ein, was wiederum ein Kompliment für die Regierung und die Finanzierung des Bildungsetats sei. Was die Tischvorlage angehe, so handele es sich bei den Anträgen der SPD eher um ein Weihnachtskonzert. Bei Frau Beer habe es ihn überrascht, dass sie die eigene Bilanz vorlege. Es sei doch so, dass die Lehrer, die heute auf dem Markt zur Verfügung stünden, nicht seit dem Regierungswechsel zu studieren begonnen hätten, sondern vorher.

Niemand stelle infrage, dass es ein Problem gebe, alle Lehrerstellen mit der idealen Person zu besetzen. Der Markt sei nicht da. Die Frage, wer verantwortlich sei, helfe den Betroffenen nicht. Es sei zu begrüßen, dass die Ministerin alles unternehme, um qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer ins System zu bekommen, auch über Seiteneinsteigerprogramme.

Bei dem Seiteneinsteigerprogramm sei es nicht die erste Frage, welche formalen Qualifikationen und welche Qualitätssicherungsinstrumente da seien, sondern ob es der einzelnen Schule helfe, wenn sie sich für einen Seiteneinsteiger entscheide. Es zeige sich, dass die Landesregierung sehr flexibel reagiere. Er erinnere sich an eine Anhörung, in der ein Vertreter eines Lehrerverbandes gesagt habe, früher – es sei die Zeit bis 2005 gemeint – habe man Lehrer gehabt, aber keine Stellen, heute habe man Stellen und es sei schwierig, jede Stelle zu besetzen. Trotzdem müsse man handeln. Dazu gebe es keine Alternative. Die frühere Landesregierung habe nicht gehandelt. Das strahle auf die jetzige Opposition zurück. Durch ständiges Nörgeln könne man kein bildungspolitisches Profil erlangen.

Staatssekretär Günter Winands (Ministerium für Schule und Weiterbildung) führt aus, die Beteiligung der Hauptpersonalräte habe damit zu tun, dass die Einstellungen mitbestimmungspflichtig seien. Das ergebe sich aus dem LPVG. Wenn die Hauptpersonalräte nicht zustimmen würden, werde nicht eingestellt. Alle Hauptpersonalräte seien gefragt worden, zwei Hauptpersonalräte hätten zugestimmt – Gymnasium und Förderschule. Er glaube nicht, dass der Hauptpersonalrat Förderschule zugestimmt hätte, wenn er meine, dass das Ganze rechtswidrig wäre. In zwei großen Flächenländern sei es Praxis, beispielsweise in Niedersachsen, wo immer nach dem ersten Staatsexamen eingestellt werde. Deswegen sei noch kein Prozess verloren worden. Das sei nicht rechtswidrig. Das sei die übliche Praxis in zwei großen Bundesländern.

Es werde gesagt, dass einige Schulen bevorzugt würden, die sich in Randlagen befänden. Man habe bewusst nur solche Schulen genommen, die in den letzten Jahren wegen der Randlage Probleme gehabt hätten. Die Stellen könne man jetzt gut besetzen. Sonst bekomme man ja ständig die Aufforderung, etwa in Minden-Lübbecke, die Stellen zu besetzen.

Zu den Frühbuchern: Die Frühbücher hätten eine banale Funktion. Sie dienten dazu, die Referendare in Nordrhein-Westfalen zu halten. Früher habe man den Einstellungstermin, 1. Februar, in Nordrhein-Westfalen gehabt. 6.000 Referendare seien aus den Seminaren gekommen, man habe aber nur ein Drittel der Stellen im Frühjahr ausgeschrieben. Man habe nur rund zweieinhalbtausend Stellen für 6.000 Bewerber vorgehalten. Über 3.000 Bewerberinnen und Bewerber hätten sich eine Vertretungsstelle suchen oder sich in anderen Bundesländern umschauchen müssen. Das versuche man, durch den zweiten Einstellungstermin aufzufangen. Dadurch verteile sich das besser. Viele gingen noch davon aus, dass man im Februar anfangs, sodass die Verhältnisse immer noch so seien: 4.000 Referendare würden zum 01.02. fertig und um die 3.000 zum 01.08. Ein Drittel der Einstellungsmöglichkeiten gebe es zum 01.02., zwei Drittel zum 01.08. Im letzten Jahr habe man es mit großer Zustim-

mung aller Verbände und aller Schulen ermöglicht, dass die Stellen, die voraussichtlich zum 01.08. durch Pensionierung frei würden, im Frühjahr zum 01.02. ausgeschrieben würden. Man bekomme im Übrigen auch die Urkunden verliehen. Damit sei gesichert, dass man zum 01.08. im nordrhein-westfälischen Schulsystem sei. Weit über 1.000 hätten ein Angebot bekommen, sie seien „früh gebucht“ worden. Man könne über den Begriff streiten, er habe sich im Jargon festgesetzt. Diese Menschen seien für Nordrhein-Westfalen gesichert worden. Man habe ihnen gleichzeitig gesagt, wenn sie genommen würden, bekämen sie auch Angebote für Vertretungsstellen.

Zur Ordnung zur berufsbegleitenden Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern und der Staatsprüfung (OBAS): Über die OBAS sei lange diskutiert worden. Sie habe große Zustimmung bei den Verbänden gefunden. Das bisherige Anerkennungsverfahren sei nicht sinnvoll. Für dieses Jahr gebe es 6.000 Anerkennungsanträge. Ein Großteil der Betroffenen werde nicht in den Schuldienst kommen. Es gebe sehr viel Bürokratie. Den Leuten werde vorgespiegelt, sie hätten Chancen, obwohl sie keine hätten. Die Schulen würden sie zum Teil nicht nehmen. Die Schulen seien sehr kritisch bei Seiteneinsteigern.

Man habe mit allen Verbänden lange diskutiert und sei zu dieser neuen OBAS gekommen. Die neue Regelung werde von allen Verbänden begrüßt. Die Schule entscheide über den Seiteneinstieg. Man brauche aber eine staatliche Qualitätssicherung, in diesem Fall durch den Vertreter des Studienseminars. Die staatliche Qualitätssicherung werde durch jemanden gewährt, der nicht Mitglied in der Schule sei. Das Ganze werde sehr positiv angenommen. Die Seiteneinsteiger kämen in einen berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst und schlossen nach zwei Jahren mit der zweiten Staatsprüfung ab.

Frau Beer habe aus INES zitiert. Bei INES handele es sich um ein Portal für Seiteneinsteiger. Die Schulen würden Stellen für Seiteneinsteiger darin ausschreiben. Man lege den Schulen dar, wo es Konkurrenzsituationen gebe und wo es sich lohne, den Seiteneinstieg zu versuchen. Dass es in den Naturwissenschaften, in Physik, Chemie Probleme gebe, sei bundesweit so. Englisch sei auch ein Problem. Die frühere Landesregierung hätte dafür werben müssen. Sie habe bilingualen Unterricht propagiert. Für bilingualen Unterricht brauche man deutlich mehr Englischlehrer. Die Parameter hätten sich verändert. Die alte Landesregierung habe nicht darauf reagiert. Sonst hätte sie dafür mehr werben müssen.

In diesem Schuljahr würden 2.581 Vorgriffsstellen zurückgegeben. Das seien die Vorgriffsstunden bis zum Jahre 2004. Diese Stellen müsse man auffangen. Die Vorgriffsstunden, in Stellen umgerechnet, auch in Mangelfächern seien das Problem. Man hätte Vorsorge betreiben müssen. Es sei nicht verglichen worden, wie viele Studenten man für das Lehramt habe, wie viel Referendare man bekomme und ob man es verantworten könne, 2008 zu beginnen. Das sei aber den Schulen zugesagt worden. Man habe das auch eingehalten.

An Frau Schäfer gewandt, weist der Staatssekretär darauf hin, dass man in diesem Jahr 5.000 weniger Schulabgänger gehabt habe, das Gleiche werde für die nächsten Jahre zutreffen. Die Bundesagentur und das Ministerium könnten nicht das Verhalten

der Schüler vorhersehen. In der Pressemeldung vom 13. Oktober weise die Bundesagentur darauf hin, dass NRW im nächsten Jahr 5.000 Schüler mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife weniger haben werde. Auch die Bundesagentur könne eine Finanzkrise nicht vorhersehen.

An Frau Pieper-von Heiden gewandt, merkt **Ute Schäfer (SPD)** an, Nordrhein-Westfalen sei auch vor 2005 keine Wüste gewesen. Es habe schon Schulen und sogar Lehrer und Schülerinnen und Schüler gegeben. Die Folgezahlen belegten, dass die Behauptung, 17 Jahre lang seien keine Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen eingestellt worden, falsch sei.

- Im Jahre 2000 seien 7.669 Lehrer eingestellt worden,
- im Jahre 2001 7.547 Lehrer,
- im Jahre 2002 6.466,
- im Jahre 2003 5.962,
- im Jahre 2004 6.017 und
- im Jahre 2005 4.097.

Das seien zusammen fast 38.000 Lehrerinnen und Lehrer, die in den Jahren 2000 bis 2005 eingestellt worden seien.

Zur Lehrerprognose am Arbeitsmarkt: 2006 habe man von dieser Landesregierung eine Prognose bekommen. Seitdem sei nichts mehr passiert. Auch sei es völliger Unfug zu behaupten, vorher hätte es noch nie eine Prognose gegeben. Natürlich habe jede Landesregierung verantwortliche Prognosen gemacht. Von der neuen Landesregierung gebe es seit 2006 keine Prognosen mehr. Herr Kaiser sage, man würde wunderbar wirtschaften und alles perfekt machen. Die neue Landesregierung habe den Haushalt mit einer Verschuldung von 107 Milliarden € übernommen. Im Jahre 2010 betrage das Verschuldungsvolumen des Haushalts 129 Milliarden €. Sie habe dabei die 7 Milliarden € nicht eingerechnet, die es an Steuermehreinnahmen gegeben habe. Es habe auch drei fette Jahre in der Landesregierung gegeben, die man unter rot-grünen Zeiten nicht gehabt habe. Wenn unter rot-grünen Zeiten Vorgriffstunden gegeben worden seien, sei das ein kluges Instrument gewesen, um in einer finanziell schwierigen Zeit die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Man hätte in den Jahren der Steuermehreinnahmen das Geld ansparen müssen, um die Vorgriffstunden zurückgeben zu können.

Zum Punkt Glaubwürdigkeit und der Frage, wann man Lehrer werden möchte und wer Signale setze. Sie sei sich nicht sicher, ob sie nur Signale für Nordrhein-Westfalen gesetzt habe oder auch für Deutschland verantwortlich gewesen sei. Offensichtlich sei die Situation in ganz Deutschland schwierig, was die Lehrereinstellungsmodalitäten angehe. Wahrscheinlich sei sie sogar noch für Europa verantwortlich. Seit fünf Jahren sei Schwarz-Gelb an der Regierung und habe ein einziges Signal gesetzt, was sie als verheerend empfinde. Sie habe nämlich den Mangelfachern gestrichen, ein Instrument, um Leute, die nicht als Lehrer ausgebildet seien, dafür zu interessieren, als Seiteneinsteiger im Schuldienst tätig zu werden. Diese Nacht-und-Nebel-Aktion sei keine vertrauensbildende Maßnahme gewesen, sondern das genaue Gegenteil.

Was die Schulleiterqualifizierung und den Einsatz von Schulleitern in den Schulen der Sekundarstufe I angehe, so habe man einen Flaschenhals geschaffen, der seinesgleichen suche, und zwar bundesweit. Bezüglich der Grundschulleitungen habe sie damals eine Stunde Entlastung gegeben, jetzt werde auch wieder eine Stunde Entlastung gegeben. Die Aufgaben, die mit den Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern auf Schulleitungen zukämen, mit all den Dingen, die sie gewährleisten müssten, könnten sie unter diesen Voraussetzungen nicht mehr schaffen. Es sei nicht attraktiv. Das sei ein Riesenproblem. Was die Lehrerstellen, was die Quantitäten angehe, hätte man ein positives Signal geben können. Man handele im Interesse junger Menschen, sage Herr Witzel. Ob die Bundesregierung im Interesse junger Menschen handele, wenn sie ein 24-Milliarden-Steuerentlastungspaket beschließen wolle, wage sie zu bezweifeln.

Wenn Herr Kaiser davon spreche, dass Opposition Mist sei, so mache sie darauf aufmerksam, dass die Situation schneller auf ihn zukommen könne, als er es sich vorstellen könne.

Sigrid Beer (GRÜNE) betont, das Kooperationsverbot, das durch die Föderalismusreform ausgelöst worden sei, behindere in vielen Fällen und fordere die Länder heraus. Sie verweise auf den Bereich der Ganztagschulentwicklung, die 914 Millionen, die durch das Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung (IZBB) dem Land zugeflossen seien. Das müsse man jetzt alles selbst finanzieren. Man könnte eine Bund-Länder-Kooperation gut gebrauchen, um die großen Aufgaben innerhalb der Bildung zu erfüllen.

Wenn man über die Kleinstaaterei hinausschauen, sehe man das, was Frau Schäfer gerade ausgeführt habe, dass die Schweinezyklen bei der Lehrerausbildung und -einstellung ein Phänomen seien, das über Jahrzehnte bestehe, an dem alle Bundesländer zu knabbern hätten, egal welche Landesregierung am Zuge sei. Baden-Württemberg stelle gerade Telekom-Mitarbeiter für bestimmte Schulbereiche ein. Überall würden Notmaßnahmen ergriffen. Das betreffe im Übrigen nicht nur die Bundesrepublik. Das Problem der Lehrergewinnung sei in ganz Europa akut. Man sollte überlegen, wie man das gemeinsam schultern könne.

Das Gerede über die 39 Jahre helfe den Schulen überhaupt nicht. Die reine Bilanz der Stellen helfe auch nicht. Vernünftige Vorschläge fielen ihr eine Menge ein. Von den Schulen würden die zentralen Aufgaben vorgetragen. Die Ministerin habe gesagt, die Leitungszeit habe sie nicht abbilden können. Eine gute Maßnahme wäre es jetzt - zwischen 250 und 300 Stellen könnten nicht besetzt werden -, die Kappungsgrenze aufzugeben und den großen Systemen, den Gesamtschulen und Berufskollegs, die entsprechende Leitungszeit zu geben. Das wäre eine innovative Maßnahme, die den Haushalt nicht verändern würde. Das wäre aber sinnvoll und eine Botschaft an die Schulen, die vernünftig sei, weil Schulleitungen auch dafür da seien, die Personal- und Organisationsentwicklung in den Schulen voranzutreiben. Wenn man schon darauf setzen müsse, eine Vielzahl von Seiteneinsteigern in das Feld Schule hineinzuholen, sei das doch auch der Punkt, der durch die Schulleitung unterstützt werden müsse. Die Organisation der Personalentwicklung komme hinzu. Man sollte

einen Vorstoß machen. Das wäre ein positives Signal, das nichts koste, aber eine Menge an den Schulen bewege.

Zu den verschiedenen Zugängen in den Lehramtsberuf: Sie bitte um eine Synopse, wie man neben dem grundständigen Studium einen Platz in der Schule erhalte. Es wäre transparenter bei eBay, die Lehrerstellen zu versteigern, als das, was man im Augenblick habe. Schulleitungen würden mit Visitenkarten in die Lehramtsprüfung eilen, um eine Stelle anzubieten.

Was das Verfahren über OBAS angehe, so würde eine Kommission aus vier Leuten die Bewerberinnen sichten. Dann sage eine Seminarleitung, nein. Die Fachleitung habe das Vetorecht. Das sei die staatliche Kontrolle und habe mit einem Willkürverfahren zu tun. Sie bitte einmal genau darzulegen, wie die Entscheidung über eine Einstellung erfolge. Dann gehe es auch um die Frage, wie man die Qualität des Unterrichts befördere und ob die Stundentafel erfüllt werde. Sie bitte darum, auch solche Lösungen wie das Absetzen der Kappungsgrenze in Erwägung zu ziehen, um ein Signal zu setzen. Das würde positiv nach außen strahlen.

Ministerin Barbara Sommer ist froh darüber, dass man von 800 unbesetzten Stellen auf 350 Stellen gekommen sei. Sie sei sicher, dass man die Stellen besetzen könne. Dass man sich um die Leitungszeit kümmern müsse, sei sicher richtig. Sie wisse, welche Aufgaben zu erledigen seien. Man müsse diejenigen stützen, die für die Schulentwicklung viel täten. Frau Schäfer habe davon gesprochen, dass sie die Leitungszeit um eine Stunde reduziert habe. Das Gleiche habe auch die neue Landesregierung getan. Dabei handele es sich um etwa 230 Stellen. Zunächst einmal gehe es darum, die 350 Stellen zu besetzen.

Zum Bildungsportal: Einiges sei dort enthalten. Eine Synopse zu erstellen, halte sie für leicht möglich. Sie sage das zu.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** berät die von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge. Die Änderungsanträge, die Begründungen sowie die Abstimmungsergebnisse sind der Vorlage 14/2970 zu entnehmen.

Im Folgenden werden nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Personalhaushalt - zu **Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam – Titel 422 01 124 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter** – führt **Sigrid Beer (GRÜNE)** aus, sie hoffe, dass es zu einem gemeinsamen Antrag kommen werde. Die UN-Konvention sei zielleitend. Die entsprechenden Ressourcen müssten bereitgestellt werden, wenn Eltern auch ein Bestimmungsrecht erhielten. Die Ministerin habe in der Veranstaltung in Köln einiges dazu gesagt. Da man nicht wisse, wie viele Eltern den gemeinsamen Unterricht für ihr Kind in Anspruch nehmen wollten, sei der Antrag eine Vorsorgemaßnahme. Die Stellen müssten bereitgestellt werden.

Auch ein Overhead müsse bereitgestellt werden, denn die Transformationsprozesse bräuchten eine entsprechende Begleitung.

Ein weiterer Antrag sehe die Verschiebung aus dem Kapitel in den neu zu schaffenden Stellenpool vor.

Ute Schäfer (SPD) begrüßt die Zielrichtung des Antrags. Ein Antrag an anderer Stelle sei fast deckungsgleich. Sie frage, ob man nicht durch einen Vermerk sicherstellen könne, dass man bei Bedarf die entsprechenden Mittel freigebe.

Über die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde noch in der Fraktion beraten. Das endgültige Votum werde dann im Haushalts- und Finanzausschuss abgegeben. An der Stelle werde man sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Klaus Kaiser (CDU) hält Vorratsbeschlüsse nicht für erforderlich. Das Ganze sei nicht daran gescheitert, dass die Stellen nicht zur Verfügung gestellt worden wären, wenn die entsprechenden Anmeldungen vorgelegen hätten. Die Stellen würden bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt.

25 Stellen mehr würden für den gemeinsamen Unterricht im neuen Haushalt ausgebracht, hält **Sigrid Beer (GRÜNE)** fest. Sie sei der Meinung, dass man an einem Plan von zehn Jahren arbeiten müsse. Das betreffe dann weit mehr als 25 Stellen. Der Weg zur Inklusion müsse mit den entsprechenden Mitteln unterlegt werden. Die Stellen müssten in den allgemein bildenden Schulen zum Tragen kommen.

LMR Willi Knevels (MSW) verweist auf die gegenseitige Deckungsfähigkeit in den Schulkapiteln. In der Bewirtschaftung könnten die Stellen letztlich dahin gehen, wo die Schüler seien. Wenn mehr Schüler in der allgemeinen Schule in der Primarstufe im gemeinsamen Unterricht seien und weniger in der Förderschule, könnten die Stellen auch dahin gehen. Das sei eine Bewirtschaftungsfrage und bedürfe keines Haushaltsantrages im Sinne eines Vorwegnehmens einer möglichen Schülerwanderungsbewegung.

Nach Erinnerung von **Ute Schäfer (SPD)** ist es in der Vergangenheit nicht so gewesen, dass, wenn mehr gemeinsamer Unterricht in der Sekundarstufe I gewünscht gewesen sei, die Stellen gleichzeitig mitgeliefert worden seien. Die Bezirksregierung Köln etwa habe einen großen Anteil und habe die 0,1 Stelle, die sie früher geschaffen habe, die jedes Kind mitnehmen könne, auf 0,05 Stellen reduziert. Sie könne den Ansatz des Antrages nachvollziehen.

Sigrid Beer (GRÜNE) meint, haushaltstechnisch sei es in der Sekundarstufe I nicht so wie dargestellt. Es müsse einen Gesamtansatz geben, auch für Übergänge in die Sekundarstufe I müsse es sichergestellt sein. Außerdem handele es sich um ein deutliches politisches Zeichen.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 2 der SPD-Fraktion - Personalhaushalt - zu **Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam – Titel 422 72 – Offene Ganztagschule im Primarbereich** – merkt **Ute Schäfer (SPD)** an, sie werbe um Unterstützung für diesen Antrag. Damit könne man den Ganztagschulen und den Kommunen im Land helfen. In den vergangenen Jahren sei ein erfolgreiches Konzept umgesetzt worden. Daran seien vor allem die Kommunen beteiligt gewesen. Das Land habe eine Pauschale für jeden Grundschulplatz zur Verfügung gestellt, die Städte und Gemeinden hätten für jeden Ganztagsgrundschulplatz Zuwendungen gegeben. Seit sechs Jahren sei der Anteil der Personalkosten im kommunalen Bereich ständig gestiegen. Aber das Land habe an der Pauschale nichts geändert.

Jetzt gebe es nur noch die Möglichkeit, entweder an der Qualität zu kürzen oder landesseitig nachzulegen, um die Qualität zu gewährleisten. Es gebe viele Signale aus den Kommunen, dass der Ansatz überhaupt nicht ausreiche. Deshalb schlage ihre Fraktion eine moderate Anhebung der Pauschale des Landes von 615 auf 690 € vor. Das seien in toto knapp 17 Millionen €.

Sigrid Beer (GRÜNE) erklärt, auch ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung über die SPD-Anträge der Stimme enthalten. Über die Ergänzungsvorlage werde in der Fraktion noch diskutiert. In der Sache seien die Anträge der SPD-Fraktion sinnvoll.

Klaus Kaiser (CDU) erkundigt sich nach der Deckung des Antrages.

Ute Schäfer (SPD) antwortet, in der Fraktion sei intensiv um die Deckung gerungen worden. Die Deckung werde in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vorgestellt. Dann würden alle Fraktionsanträge in toto behandelt. Auf jeden Fall komme ein Deckungsvorschlag. Das sei in den vergangenen vier Jahren auch so erfolgt. Die Anträge seien sehr moderat.

Zu dem lfd. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Personalhaushalt – zu **Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam – Titelgruppe 74 – Pädagogische Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I – Titel 422 74 129 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter** – gibt **Sigrid Beer (GRÜNE)** an, es gehe darum, Mittel dafür einzusetzen, damit flächendeckend eine Ganztagschulentwicklung in der Sekundarstufe I erfolgen könne. Besonderer Wert werde darauf gelegt, dass die Gesamtschulen in die Entwicklung einbezogen würden und dass das Ganztagsverbot an neu gegründeten Gesamtschulen aufgehoben werde. Angesichts der nicht ausgeschöpften Mittel durch Realschulen und Gymnasien könne der Ganztags an den anderen Schulformen verwirklicht werden. Da, wo Bedarf sei, solle der Ganztags wachsen. Das müsse auch für die Gesamtschulen gelten. Insgesamt brauche man eine systematische Weiterentwicklung, zumal alle Gymnasien vom G 8 betroffen seien. Der Ganztags müsse als Bildungsangebot weiterentwickelt werden.

Ministerin Barbara Sommer ist sicher, dass man auf die Zahl 216 kommen werde.

Klaus Kaiser (CDU) betont, in Richtung Ausbau des Ganztages habe man Vorbildliches in Nordrhein-Westfalen geleistet. Das Manko dieses Antrages liege darin, dass es keinen Deckungsvorschlag gebe. So könne er nicht die Zustimmung der CDU-Fraktion finden.

Zu dem lfd. Antrag Nr. 1 der SPD-Fraktion – Sachhaushalt – **Kapitel 05 020 – Allgemeine Bewilligungen – Titel 531 63 – Veröffentlichungen, Dokumentationen und Veranstaltungen** – erläutert **Ute Schäfer (SPD)**, es werde eine Reduzierung des Ansatzes von 540.000 € vorgeschlagen. Die Landesregierung gehe zu offensiv mit den Öffentlichkeitsmitteln um. Begründet habe das Ministerium die Ausgabe auch damit, dass es einen erhöhten Informationsbedarf im Bereich der Schulen gebe. Das glaube sie gerne nach dem, was sich zurzeit in der bildungspolitischen Landschaft darstelle. Das sollte man aber nicht mit Steuermitteln finanzieren.

Der Ansatz für die Didakta werde nicht angerührt.

Klaus Kaiser (CDU) bezeichnet es als erforderlich, dass neue Maßnahmen durch eine entsprechende Informationsarbeit begleitet würden. Er halte den Ansatz für den Mindestansatz. Wenn die Opposition eine Erhöhung vorgeschlagen hätte, hätte man den Antrag ernsthaft mitgetragen.

Bezüglich des lfd. Antrags Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Sachhaushalt – zu **Kapitel 05 300 – Schulen gemeinsam – Titelgruppe 64 (neu) – Zuweisungen und Zuschüsse an die Kommunen zur Freistellung von ALG-II-Beziehenden und für Leistungsbeziehende nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bei den Zuzahlungen zu den Lernmitteln** – verweist **Sigrid Beer (GRÜNE)** darauf, dass die Lernmittelfreiheit zwar im Schulgesetz verankert sei, in der Realität des Lernalltags solle sie allerdings eingeschränkt werden. Auch gehe es um einen Ausgleich für die betroffenen Kommunen.

Ralf Witzel (FDP) gibt an, Frau Schäfer habe die SPD-Fraktion als pragmatische Linke bezeichnet. Jetzt habe man einen Antrag der dogmatischen Linken von den Grünen vorliegen. Der Antrag werde jedes Jahr vorgelegt, Ende des Jahres als Haushaltsantrag, Mitte des Jahres als politischer Antrag. Die gesetzliche Grundlage habe Rot-Grün hinterlassen. Solange Rot-Grün das Land regiert habe, sei das noch gut gewesen.

Sigrid Beer (GRÜNE) erwidert, man werde die Ministerin immer wieder daran erinnern, dass sie kurz nach Regierungsantritt versprochen habe, das zu regeln. Es habe nicht funktioniert. Die ungleichen Lebensverhältnisse seien verschärft worden. Die kommunalen Kassen würden ausgeraubt. Es gehe um Entlastung der kommunalen Seite.

Ute Schäfer (SPD) erklärt, der Bedarf sei sehr dringlich. Im Haushalts- und Finanzausschuss werde ihre Fraktion ihr endgültiges Votum abgeben. An dieser Stelle werde sie sich der Stimme enthalten. Begriffe wie dogmatische Linke könne man sicherlich nur einer anderen Partei zuordnen.

Ralf Witzel (FDP) erwidert, er habe die Debatte über linke Politik nicht eingeführt. Frau Schäfer habe in Abgrenzung zur Haushaltspolitik der Grünen gesagt, die SPD sei im Vergleich die pragmatische Linke. Wenn die Grünen aus Sicht der SPD überzogene Forderungen hätten, die SPD ihre eigenen Forderungen für realitätsnah halte und als pragmatisch links bezeichne, dann müsse das andere doch dogmatisch links sein. Das könne man aber auch an anderer Stelle auflösen.

An Frau Beer gewandt, fährt der Redner fort, politisch habe niemand Zusagen gemacht, hier etwas zu ändern. Es gebe Nachfragen an der Stelle. Es mache Sinn, das Thema zu besprechen. Man spreche mit den kommunalen Spitzenverbänden. Eine Mehrzahl der Verbandsvertreter sei nicht zu einer Änderung bereit gewesen. Das Thema habe die neue Landesregierung auf die Agenda gesetzt. Da es Problemkonstellationen gebe, die von niemandem für befriedigend gehalten würden, wolle man sich über die Frage auseinandersetzen, ob die Verteilung gerecht sei. Von den kommunalen Spitzenverbänden sei ausführlich dargelegt worden, dass es gesetzesystematisch bewusst gewollte Unterschiede in der Unterstützungs- und Fördersystematik gebe. Auch die Mehrzahl der Kommunen habe kein Interesse daran, dass es hier zu Veränderungen komme. Es gebe unterschiedliche Tatbestände, die auch andere Rechtsfolgen hätten. Wenn das der Meinungsbildungsprozess auf kommunaler Seite sei, habe man das entsprechend akzeptiert. Es gebe keinerlei Zusage des Landes, dies zu ändern. Das, was Frau Beer vorgetragen habe, stimme nicht.

Sigrid Beer (GRÜNE) hält fest, nun stünden der politischen Antrag und der Haushaltsantrag auf der Tagesordnung. Sie verweise auf Tagesordnungspunkt 6. Die Ministerin habe deutlich gesagt, dass sie es regeln wolle. Wenn man hartnäckig mit den kommunalen Spitzenverbänden auch über die Notlagen der Kommunen verhandele, müsse es zu einer Lösung kommen. Das habe man nicht weiter betrieben. Das erschwere die Situation in den Kommunen.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05** – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses – unverändert mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

